



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 16.12.2013, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2013

Statement von Prälat Dr. Martin Dutzmann

Evangelischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem die Bundesregierung am 20. November ihren Bericht über Kriegswaffenexporte und Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte in 2012 veröffentlichte, legt die GKKE heute ihren 17. Rüstungsexportbericht vor. Wir haben das Zahlenwerk der Bundesregierung und andere öffentlich verfügbaren Informationen aus entwicklungspolitischer und ethischer Perspektive bewertet. Die GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte hat den Bericht unter dem Vorsitz von Jan Grebe erstellt.

Im Jahr 2012 erteilte die Bundesregierung insgesamt 16.380 Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 4,704 Milliarden Euro. 77 Sammelausfuhrgenehmigungen im Wert von 4,172 Milliarden Euro wurden erteilt. Kriegswaffen sind im Wert von 946 Millionen Euro im Jahr 2012 exportiert worden.

An Staaten, die der EU bzw. der NATO angehören oder diesen gleichgestellt sind, wurden im Jahr 2012 Rüstungsausfuhren im Wert von 2,101 Milliarden Euro genehmigt. Das entspricht 45 Prozent aller erteilten Einzelgenehmigungen. An alle übrigen Staaten („Drittstaaten“) sind Rüstungsausfuhren in Höhe von 2,603 Milliarden Euro genehmigt worden. Unter diesen findet sich als relevantester Abnehmer Saudi-Arabien mit einem Genehmigungswert 1,237 Milliarden Euro. Mit großem Abstand folgen Algerien, Südkorea, Singapur, die Vereinigten Arabischen Emirate, Irak, Indien und Israel. An Staaten, die seitens der OECD als Empfänger offizieller Entwicklungshilfe eingestuft werden, wurden nach unseren Berechnungen im Jahr 2012 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von 866,6 Millionen Euro erteilt (18,4 %).

In den genannten Bereichen der Rüstungsgüter, der Kriegswaffen und der Exportgenehmigungen für Entwicklungsländer ist gegenüber den Zahlen für 2011 ein Rückgang festzustellen. Bei den Ausfuhren von kleinen und leichten Waffen gibt es im Jahr 2012 hingegen einen starken Anstieg. Die Bundesregierung hat die Ausfuhr von 66.955 kleinen und leichten Waffen genehmigt, doppelt so viel wie im Vorjahr. Die Auswirkungen von Sturmgewehren und Maschinenpistolen sind verheerend. Immer wieder geraten sie auf illegalem Weg in fragile Staaten und Konfliktgebiete.

Der Rückgang der Exportgenehmigungen im Bereich der Rüstungsgüter, der Kriegswaffen und der Exporte in Entwicklungsländer ist grundsätzlich zu begrüßen. Im mittelfristigen Trend verharren die Exportgenehmigungswerte jedoch mit leichten

Schwankungen auf einem Allzeithoch. Deutsche Rüstungsunternehmen kompensieren die sinkende Nachfrage in Europa durch neue Kunden auf dem Weltmarkt. Die Bedeutung von Drittstaaten als Abnehmer deutscher Rüstungsgüter hat zugenommen. 55 Prozent der Exportgenehmigungen sind im Jahr 2012 für Ausfuhren an diese Staatengruppe erteilt worden.

Vor allem Rüstungsgeschäfte mit zahlungswilligen und -kräftigen Herrschern aus dem Nahen und Mittleren Osten haben zugenommen. Dabei geht es um den Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien und Katar, Verkäufe von gepanzerten Mannschaftstransportern des Typs Boxer an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie von Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien. Während die Lieferung von 62 Kampfpanzern Leopard 2 A 7+ nach Katar schon genehmigt ist, bleibt das Panzergeschäft mit Saudi-Arabien offen.

Diese Geschäfte haben zu einer kontroversen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und im Parlament geführt. Auch die GKKE hat Bestrebungen der Bundesregierung kritisiert, Länder wie Saudi-Arabien als „Stabilitätsanker“ in dieser Region aufzurüsten. Dies birgt erhebliche Gefahren für die regionale Stabilität. Folgt man den Kriterien, die sich die Bundesregierung selbst in ihren Politischen Grundsätzen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen gegeben hat, verbieten sich die Exporte von Kriegswaffen an diese Staaten. Die Frage, wie diese Länder vor dem Hintergrund der Waffenlieferungen an Rebellengruppen in Syrien und in der Sahel-Zone „Stabilitätsanker“ in der Region sein können, hat die Bundesregierung nicht erläutert. Von der oft völlig desolaten Menschenrechtslage, einschließlich der Missachtung der Religionsfreiheit, ganz zu schweigen.

Insgesamt vermittelt der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung somit nicht den Eindruck einer differenzierten und zurückhaltenden Genehmigungspraxis, die sich an die eigenen restriktiven Maßstäbe hält. Obwohl die Bundesregierung dies immer wieder betont, werden Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, in großem Umfang mit deutschen Rüstungsgütern beliefert. Nach Berechnungen des Bonn International Center for Conversion (BICC) war das im Jahr 2012 bei 67 Ländern der Fall gegenüber 64 Ländern im Jahr 2011.